

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 10

Ortsteil Comings.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezugs-  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 28. Februar 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 5-12 IV.  
Fernruf: Berlin 8 2, Kupfergraben 1139.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

## Ein Kongreß der Not!

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 16. Februar beschlossen, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß für den 23. März einzuberufen, der nicht nur das Gewissen der deutschen Öffentlichkeit schärfen, sondern auch die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die deutsche Arbeitslosennot lenken soll. Der Bundesvorsitzende, Genosse Seipart, erklärte hierzu:

„Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen gelte uns heute der

### Schrei nach Arbeitsbeschaffung

entgegen. Welche Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Leihargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß

### der Verzweiflungsschrei der Massen

verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben.

### Ein Krifenkongreß

muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus.

Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener Ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die Zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die Dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die Vierte, und, wie es hieß, die letzte verhängt wurde, und wiederum ist

die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert

worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krifenkongreß zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichstanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen.

Wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.“

## Die Arbeitslosigkeit in der Papierindustrie.

Nach dem in den letzten Tagen erschienenen Arbeitsmarktbericht des ADGB, der 3,6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder umfaßt, zeigt die gesamte Papierindustrie sowie das graphische Gewerbe eine weitererschreitende Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Am günstigsten war der Arbeitslosenstand in der Papierherstellung mit 27,4 Proz., am ungünstigsten bei den Lithographen mit 44,5 Proz. Nimmt man jedoch den Stand der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zusammen, dann steht unser Beruf mit 73 Proz. an der Spitze, während die Buchdrucker mit 49 Proz. am besten abschneiden.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriegruppen während der letzten drei Monate zeigt folgendes Bild:

Industriegruppen	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	Nov. 1931	Nov. 1931	Jan. 1932	Nov. 1931	Nov. 1931	Jan. 1932
Papierherstellung	23,3	25,4	27,4	33,7	36,5	39,4
Buchdrucker	31,7	32,6	33,9	16,3	14,4	15,4
Lithographen	39,6	43,1	44,5	21,3	21,4	23,6
Gr. Hilfsarbeiter	31,1	32,4	34,4	18,3	17,7	19,0
Buchbinder	32,5	36,5	39,7	24,8	28,1	33,0

Geradezu katastrophal ist die Lage einzelner Sparten im Verband der Lithographen, wo die Formstecher und Kupferdrucker 83,4 bzw. 81,5 Proz. Arbeitslose zu verzeichnen haben.

## Der Ausschuß des ADGB.

trat am 15. Februar in Berlin zu seiner 4. Tagung zusammen. Seipart eröffnete die Verhandlungen mit einem Gedanken des langjährigen Kassiers der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, der im vergangenen Monat aus dem Leben geschieden ist.

Sodann erstattete Seipart Bericht über die

### Tätigkeit des Bundesvorstandes

während der letzten Monate. Besonders kritisierte er die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckte, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschiedenen Barmahrung eingelegt und die schleunige Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keinem Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits

geleistet worden sind und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte. um so mehr, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widersinnig wäre, an ihr festzuhalten. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Schon seit Jahren sind innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des IGB selbst ist dieser Auffassung. Es läßt sich aber wohl eine Form finden, auch die internationalen Berufsekretariate noch mehr als festher als Bestandteile in den IGB einzuordnen, etwa dadurch, daß man den internationalen Berufsekretären im Ausschuß des IGB das Stimmrecht gibt. Das läßt sich um so mehr erwägen, als internationale Beschlüsse so gut wie nie durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Vom 10. Februar an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen dahingehend, daß alle lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt.

Die Lohnsteuerentlastung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird behördlicherseits bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbüchern für unständige Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen.

Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen.

Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des IGB-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Wertspartassen ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist.

Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein. Gewiß ist eine Sonderorganisation der Frauen in den Verbänden nicht empfehlenswert, dennoch muß ihrer Eigenart stärker Rechnung getragen werden, wenn sie für den Dienst an der Gesamtbewegung ergehen sollen. Die allgemeinen gewerkschaftlichen Veranstaltungen haben in ihrer bisherigen Art aus einer Reihe von Gründen nicht die genügende Anziehungskraft auf die Frauen. Man muß sie von ihrem speziellen Interessentum aus zu gewinnen suchen, man muß sie gesondert zusammenholen und unter Umständen Fragen erörtern, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Problemen stehen, aber bei geschickter Behandlung doch zwanglos in Verbindung mit ihnen gebracht werden können. Die Heranziehung der Frauen zu aktiver Mitarbeit ist selbstverständlich nicht nur von Beruf zu Beruf, von Organisation zu Organisation, sondern auch von Ort zu Ort verschieden. Es ist daher kein Schema für die Werbearbeit im einzelnen möglich. Entscheidend aber ist, daß man die Werbearbeit nicht nur auf die Berufstätigkeit abstellt, sondern die weiblichen Mitglieder wie die Unorganisierten auch als Frauen und Mütter zu interessieren versteht und sie auf diesem Wege allmählich an die Organisation heranbringt.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger

als 48 Stunden in der Woche arbeiten und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Anflug muß gesteuert werden.

Die jüngst bekannt gemordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Die Verkürzung der Arbeitszeit nur in einzelnen Berufen anzuordnen, hielt man nicht für zweckmäßig. Die Einführung der Vierzigstundenwoche muß mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden. Die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Grundlagen für die Verkürzung der Arbeitszeit genügen nicht zur Durchführung einer solchen Aktion.

Das Bedürfnis nach einer besonderen Werbearbeit unter den Frauen wird in den einzelnen Verbänden ebenso verschieden sein wie die Möglichkeit zu einer solchen Tätigkeit. Es wurde aber allgemein anerkannt, daß hier Aufgaben vorliegen, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Die Verbandsvertreter waren einmütig der Auffassung, daß der IGB sich nur auf den Landeszentralen aufbauen kann. Daß die internationalen Berufsekretäre an den Ausschüßungen des IGB teilnehmen, mag zweckmäßig sein, aber weitere Konzeptionen an die Berufsinternationalen in der Richtung einer Stärkung ihrer Stellung im IGB hielt man nicht für zweckmäßig.

Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Es war notwendig, in dieser Zeit unmißverständlich als die Meinung der deutschen Gewerkschaften auszusprechen, daß die Reparationslasten den Lebenspielraum der deutschen Arbeiterschaft in weitgehendem Maße einschränken und daß ihre Fortdauer der Wiederbelebung der Wirtschaft hindernd im Wege steht. Insofern gehören die Reparationen auch zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, um so mehr, als nicht zuletzt auf diese politischen Zahlungen und ihre Wirkungen die Störungen des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft und in ihrer Folge die schwere Erschlüpfung des Kreditystems zurückzuführen sind.

Am Schluß der Debatte stellt Seipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenwoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Zur Reparationsfrage erklärte Seipart abschließend, es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Lösung: Schluß mit den Reparationen. Denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Die Beseitigung dieser politischen Ursache der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Überwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernerhin die deutsche Arbeiterschaft bedrückt. Wir begehen keine Untreue gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen. (Schluß folgt.)

## Auch der Lehrling soll „Ersparnisse“ bringen!

Unter der Ueberschrift: „Lehrlingsentschädigungen im Buchbinderhandwerk“ teilt der Bund deutscher Buchbinder-Innungen in der Fachpresse mit:

Auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung über Lohn- und Gehaltskürzung ist die Frage aufgeworfen worden, ob sie auf die Kostgeldsätze der Lehrlinge Anwendung findet. Das ist aber nicht der Fall. Wo es notwendig erscheint, die Entschädigungssätze zu kürzen, kann dies nur dadurch erfolgen, daß die Richtsätze, die hierfür von den Handwerkskammern erlassen sind, abgeändert werden.

Sichtlich der geltenden Lehrverträge ist es wichtig zu unterscheiden, in welcher Form die Vereinbarung über die Höhe der Kostgeldsätze stattgefunden hat. Wenn die Entschädigung ausdrücklich in dem Lehrvertrag festgelegt ist, so ist zu einer Kürzung eine besondere Vereinbarung zwischen Lehrling und Lehrherrn notwendig. Wenn es dagegen in dem Lehrvertrag nur heißt, daß für die Kostgeldsätze die Richtlinien maßgebend sind, die von der Handwerkskammer bzw. der Innung und dem Bund aufgestellt sind, so würde eine Änderung dieser Bestimmungen ausreichen, um eine Kürzung des Kostgeldes herbeizuführen. Wir empfehlen daher unseren Mitgliedern, eine Kürzung um 10 Proz. für den Fall vorzunehmen oder bei ihren Kammern einen entsprechenden Antrag zu stellen, wenn die Kostgeldsätze seit 1927 eine entsprechende Erhöhung erfahren haben.

Der Bund hat seinen Mitgliedern seinerzeit folgende Sätze empfohlen: Für das erste Jahr 5 Mk., das zweite Jahr 6 Mk., das dritte Jahr 7,50 Mk., das vierte Jahr 10 Mk. Da diese Sätze bereits vor dem 10. Januar 1927 Geltung hatten, kommt ein Abbau für sie nicht in Betracht.

## Stimmen

### aus unserem Kollegenkreis.

#### Unsere Invalidenunterstützung.

Es ist die höchste Zeit, daß sich alle Mitglieder hiermit beschäftigen, auch solche, die immer behaupten, die Organisation sei nur eine Kampforganisation. Selbstverständlich soll sie dies auch bleiben, doch die heutige Wirtschaftskrise hat es mit sich gebracht, daß auch die Unterstützungseinrichtungen als wohltuende Einrichtungen betrachtet werden, vor allem die Invalidenunterstützung. Wir wollen uns nichts vormachen, gerade diese Unterstützung festelt manchen Kollegen an die Organisation. Sie trägt auch zur Agitation bei. Doch die lange Arbeitslosigkeit, an der die Betroffenen unschuldig sind, bringt manchen um den Gemut berieben. Die Arbeitslosen sind zum größten Teil bereit, den Invalidenbeitrag zu leisten. Damit fließen dem Invalidenfonds auch Mittel zu. Die letzte Erhöhung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Einrichtung schon vom letzten Verbandstag beschlossen worden wäre. Unsere Zählstelle hatte damals schon einen entsprechenden Antrag gestellt. Den Kollegen von Wurzen dauert es sogar bis zum Verbandstag zu warten noch so lange. Hoffentlich kommt der Antrag von recht vielen Seiten, damit er nicht wieder der Ablehnung verfällt. Was den Kriegsteilnehmern gestattet war, kann man unmöglich den Opfern der Wirtschaftskrise vorenthalten. Darum mit allem Nachdruck für diesen Antrag eingeleitet.

G. Bachmann-Rassel.

#### Zum Verbandstag!

Voller Beifall verdient die Kollegenchaft die Entwicklung der Finanzlage unseres Verbandes. Unangenehm fällt dabei auf, wenn aus Kollegentreifen

Stimmen laut werden, als trage an den dergeligen Zuständen der letzte Verbandstag mit seinen Entscheidungen die Schuld. Wenn man die Dinge von diesem Gesichtspunkt aus betrachten wollte, dann dürfte man wohl wenig Anspruch auf Pflichtbewußtsein machen. Gewiß mag es auf dem Verbandstag Delegierte gegeben haben, deren Verantwortungsgefühl darin bestand, sich genau an die von gewisser politischer Richtung gegebenen Anweisungen zu halten, ohne sich zu fragen, ob sich diese für die Organisation und für die Mitglieder günstig oder ungünstig auswirkten. Es ist jedoch festzustellen, daß der Verbandstag im ganzen aus Delegierten zusammengesetzt war, die das Beste im Interesse der Kollegenschaft zu schaffen bestrebt waren. Wenn der Verbandstag in Düsseldorf Beschlüsse faßte, die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen, dann muß doch gesagt werden, daß sie den damaligen Verhältnissen entsprachen haben und daß sie ihre Unterlage fanden in Feststellungen, die in der Zeit zwischen dem Hamburger und dem Düsseldorf Verbandstag gemacht wurden. Wer trotzdem behauptet will, die Düsseldorf Beschlüsse seien schuld, der sagt dann folgerichtig, daß dieser Verbandstag für die derzeitige Krise verantwortlich zu machen ist. Daß die Gedankengänge, die in dieser Richtung gehen, nicht von sehr viel Geist gespielt sind, muß wohl nicht besonders erwähnt werden. Ebenso dürfte zu behaupten sein, daß diese Kritiker damals nichts Besseres hätten schaffen können und daß sie auch heute nicht in der Lage sein werden, Vorschläge zu machen, die der Kollegenschaft das Notwendige bieten.

Die Beiträge und die Unterstufungen müssen im Einklang stehen. Wie ist es möglich, zu erreichen, daß Einnahme und Ausgabe ständig in gleichem Verhältnis zueinander stehen? Bisher sind die Unterstufungen durch die Verbandstage festgelegt worden, nachdem die Beitragsfrage entschieden war, und zwar nach Gesichtspunkten, die sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre ergaben. In die Zukunft können wir nicht sehen, und doch müssen wir bei diesen Beschlüssen für die Zukunft arbeiten und versuchen, Schwierigkeiten, die in die Erscheinung treten, rechtzeitig zu überwinden. Ferner können die Beiträge und Unterstufungen nur durch den Verbandstag oder durch den Beirat geregelt werden, in beiden Fällen auch nur auf Grund zurückliegender Ergebnisse. Wir müssen darum ein System finden, das die Festlegung der Unterstufungen von selbst ergibt. Festliegende Beiträge, bewegliche Unterstufungen. Dieser Grundgedanke würde jedem Mitglied gerecht werden, jedes Mitglied könnte bestimmt damit rechnen, daß ihm im gegebenen Falle eine Unterstufung wird und daß nicht, wie jetzt die Dinge liegen, die Möglichkeit besteht, daß durch eine ankommende Krise das gesamte Verbandsvermögen aufgezehrt wird. Einnahme und Ausgabe müssen ständig im Einklang stehen. Die Inwohnerunterstufung muß sich selbst tragen.

An Hand eines Beispiels will ich den Grundgedanken der beweglichen Unterstufungen erläutern. Die Einnahmen des Monats Januar dienen als Grundlage für die Festlegung der Unterstufungen im Monat März. Die Einnahme-Einheitszahl ist 100. Angenommen, die Verwaltungskosten usw. betragen davon 10 Proz., an Rücklagen gehen 5 Proz., ab, also verbleiben für die Unterstufung 85 Proz. Eine monatliche Berechnung in vereinfachter Form wird notwendig, der Vorstand gibt monatlich die Höhe der Sätze, die errechnet sind, bekannt. Der Verbandstag beschließt die Beiträge, die prozentuale Verteilungsquote für die Unterstufungen in Prozenten, sowie eine Höchstgrenze und die Bezugsdauer usw. Es ist nur dem Vorstand möglich, dieses System in seiner Auswirkung an Hand von Zahlen greifbar vorzulegen, da nur ihm die zahlenmäßigen Unterlagen vorliegen.

In unsicheren Zeiten muß eine anpassungsfähige Beweglichkeit geschaffen werden. Nun wir es nicht, dann besteht die Möglichkeit, daß einen Monat nach dem Verbandstag dessen Beschlüsse bereits wieder überholt sind.

Im Interesse der Organisation, besonders im Interesse der erwerbstätigen Kollegenschaft, bitte ich unsere Kolleginnen und Kollegen um Vorschläge von ihrer Seite, damit wir das Beste bis zu dem Verbandstag herausgearbeitet haben. Im besonderen bitte ich den Vorstand, in dieser Richtung Vorschläge oder Anträge zu bringen. Nicht nur Kritik, sondern auch Mitarbeit ist notwendig, wenn wir in diesem Kampfe bestehen wollen. R. R.-D.

## Ermäßigung der Bürgersteuer für 1931 für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer.

Der Reichsminister der Finanzen hat durch Verfügung vom 6. Februar eine Ermäßigung der Bürgersteuer für 1931 für diejenigen Arbeitnehmer zugestanden, die so geringe Löhne erhalten, daß sie von der Lohnsteuer befreit sind. Nach der bisherigen Regelung wurde die Bürgersteuer 1931 (die auf den Steuerarten 1932 angefordert und je nach der Höhe der gemeindlichen Zuschläge an verschiedenen Terminen im Jahre 1932 einbehalten wird) auf die Hälfte des niedrigsten Bürgersteuersatzes ermäßigt, wenn das Einkommen 1930 so niedrig war, daß Lohnsteuer nicht entrichtet werden mußte.

Infolge der seit 1930 eingetretenen außerordentlichen Einkommensrückgänge ist vielfach der Fall eingetreten, daß Steuerpflichtige zwar 1930 noch Bezüge hatten, die über der steuerfreien Grenze lagen und somit ohne weiteres zur Bürgersteuer herangezogen wurden, während sie mit ihrem jetzigen Einkommen tatsächlich schon unter der steuerlichen Freigrenze liegen. In diesen Fällen wird jetzt die angeforderte Bürgersteuer ohne weiteres auf die Hälfte des angeforderten Betrages zurückgesetzt.

Der volle niedrigste Steuersatz der Bürgersteuer beträgt in Markt:

	Prozent						
	100	150	200	250	300	350	400
für Unverheiratete	6	9	12	15	18	21	24
für Mann u. Frau	9	13,50	18	22,50	27	31,50	36

Der nach der neuen Verordnung gesenkte Bürgersteuerbetrag würde demnach künftig in Markt ausmachen:

	Prozent						
	100	150	200	250	300	350	400
für Unverheiratete	3	4,50	6	7,50	9	11,50	12
für Mann u. Frau	4,50	6,75	9	11,25	13,50	15,75	18

Daneben bleibt die allgemeine Freigrenze von monatlich 42 Mt. für die völlige Freistellung von der Bürgersteuer weiter bestehen.

Die Herabsetzung der Bürgersteuer tritt sofort in Kraft.

Die Verordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die von allen Spitzenverbänden der Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den ihnen nahestehenden politischen Parteien geführt worden sind.

### Berichte.

**Wiesbaden.** Unsere Jahresversammlung vom 11. Februar hätte einen besseren Besuch verdient, zeigt sich doch im Versammlungsbesuch das Interesse der Mitglieder. Wie in den letzten Jahren, so war auch im verfloffenen der Geschäftsgang ein frohstoller. Die Hoffnung, die wir am Jahresanfang hatten, daß sich die Wirtschaftslage etwas bessern würde, hat sich als trügerisch erwiesen, denn die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahre noch erheblich gestiegen und auch die Zahl der Kurzarbeiter hat eine nie gekannte Höhe erreicht. Was der Verband in dieser trostlosen Zeit für unsere Mitglieder war, mögen folgende Zahlen beweisen: Die Jahreseinnahmen betragen 88 089,50 Mt. An Unterstufungen wurden 84 990,06 Mt. ausgezahlt, davon an Arbeitslosenunterstützung 28 440 Mt. Angesichts solcher Zahlen müßte eigentlich der Ruf nach Senkung der Beiträge verhallen, sollen nicht die noch jetzt Arbeitslosen, oder die es noch werden, Schaden erleiden. Wenn trotzdem viele Mitglieder eine Senkung wünschen, dann ist das nach unserer Meinung nicht ein Mangel an Solidarität, sondern eine Folge der ungeheuren Schrumpfung des Lohnes neben den hohen Ausgaben auf allen Gebieten. Die letzte Lohnsenkung hat geradezu niederknietend auf unsere Mitglieder gewirkt. Hinzu kommt das Vorhandensein der Unternehmer, die noch bestehenden Leistungszulagen stark zu kürzen oder ganz abzubauen. Was sich die Unternehmer in der heutigen Zeit alles erlauben, davon können unsere Betriebsräte ein besonderes Lied singen. Das zeigen auch die vielen Differenzen, die mit den verschiedenen Firmen ausgefochten werden mußten, um unserer Kollegenschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Bei diesen Differenzen zeigte sich der Wert der Organisation, aber auch der der Betriebsräte, die im letzten Jahre aufopferungsvoll ihre Pflicht im Interesse der Kollegenschaft und damit des Verbandes getan haben. Es könnte noch mehr gesehen, wenn sich alle Mitglieder den Standpunkt zu eigen machen wollten, daß unsere traurige Lage nicht durch Schimpfen, sondern nur durch tatkräftiges Wirken auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung gemildert werden kann. Ein Gebiet hierbei ist unsere Jugendbewegung, deren Veranstaltungen im letzten Jahre wohl befriedigend besucht waren und in der sich unser Jugendkollege Herzwinkel die größte Mühe gibt, ihr Leben zu geben. Es könnte noch besser werden, wenn die Lehrlinge von den älteren Mitgliedern mehr angehalten würden, unsere Veranstaltungen zu besuchen, und so mit dafür zu sorgen, daß die Läden wieder ausgefüllt werden, wenn unsere Ältern nicht mehr die Kraft haben, so zu kämpfen, wie es gerade für die kommende Zeit notwendig ist. Hier gibt es eine große Mission zu erfüllen: Hergt ging dann auf das gute Verhältnis zu den übrigen graphischen Verbänden ein. Mehrere besagte Veranstaltungen

fanden statt. Unsere nächste Aufgabe wird sein, die Einrückung in die Erneuerung Front.

In den Augenorten finden wir das gleiche Bild wie hier am Orte. Das Organisationsverhältnis ist ein gutes, außer in Salzkufen, wo leichte Differenzen unter unseren Kolleginnen eingetreten sind, die aber hoffentlich recht bald beseitigt werden.

Kollege Hergt streifte dann noch die Stilllegung bei der Firma B. Eilers jr., die dadurch im letzten Augenblick hinfällig wurde, weil die Firma einen größeren Auftrag hereinbekam. Vom Kollegen Hergt wurde die Einstellung der Firma zur Stilllegung ins rechte Licht gesetzt und die wahren Gründe derselben ungekennzeichnet aufgedeckt. Die Herren Proturisten und Betriebsleiter müssen wir dringend ermahnen, sich mehr mit dem Arbeitsrecht zu befassen, sonst hatten wir es in Zukunft für unsere Pflicht, diese beiden Herren näher zu beleuchten.

Der Kassenbericht lag vorerläutigt vor, er wurde von Hergt im einzelnen erläutert. Erfreulich ist vor allen Dingen der Markenumsatz im vierten Quartal. Die Lokalkasse hat sich in ihrem Bestand um 400 Mt. gehoben. — Zum Schluß gab Hergt einen Ausblick, der sehr trübe erscheint. Die drohende Diktatur des Faschismus zwingt uns zur entschiedenen Abwehr. Die Bildung der Erneuerung Front gilt auch für unsere Kollegenschaft als Weckruf. Die Vorstandswahl hatte das Ergebnis, daß der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Zum Schluß wies Kollege Strahl auf den kommenden Verbandstag hin. Eine neue Mitglieder-versammlung wird sich mit den von uns zu stellenden Anträgen beschäftigen. Hieraus wurde die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen, geschlossen.

**Wiesbaden.** Unsere Zahlstelle hielt am 15. Februar ihre Generalversammlung ab, in der Kollege Geule den Jahresbericht erstattete. Aus dem Bericht ging hervor, daß im verfloffenen Jahre durch Auflösung einer Großfirma fast zwei Drittel unserer Mitglieder arbeitslos geworden sind. Durch die Unterstufung des Verbandes haben die Mitglieder die Wohlthaten der Einrichtungen des Verbandes kennengelernt. Der Mitgliederbestand hat sich trotz der schweren Krise annähernd gehalten. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Im verfloffenen Jahre konnte die Zahlstelle auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken, und ein Jubilar, Kollege Riedel, für 40jährige Zugehörigkeit zum Verbande durch den Bau und die Zahlstelle geehrt werden. Von einer offiziellen Feier wurde der Zeit entsprechend Abstand genommen. Den Kassenbericht erstattete Kollege Kobelt. Trotz der großen Ausgaben, die die Lokalkasse gehabt hat, ist noch ein ansehnlicher Ueberschuß vorhanden. Einstimmig beschlossen wurde, den seitherigen Lokaltbeitrag weiterzugeben. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten er-

mahnende der Vertrauensmann Kobelt die Anwesenden, in dieser schweren Zeit fester denn je zum Verband zu stehen. Mit dem Wunsche, daß im neuen Jahre die Arbeitsverhältnisse besser werden mögen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Grimma.** Unsere Hauptversammlung vom 2. Februar hatte einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder gedacht. Den Jahresbericht erstattete Kollege Ulltel, der seit dem 1. Oktober 1931 die Leitung der Zahlstelle, die er infolge Krankheit im Jahre 1930 abgeben mußte, wieder inne hat. Der Bericht ließ erkennen, daß auch in Grimma wertvolle Gewerkschaftsarbeit geleistet worden ist. Das Organisationsverhältnis kann als gut bezeichnet werden, der Hauptbetrieb am Orte ist restlos organisiert. Der Reichstempel für die Karneval- und Festartikelindustrie für das Deutsche Reich wurde in wesentlichen Punkten erweitert und verbessert. Dieser Vorgang verdient hohe Beachtung, da er der Schmutzkonturrenz in dieser Industrie einen Riegel vorgeschoben und damit die Existenz des Betriebsarbeiters einigermaßen gesichert hat. Notwendig ist hierzu natürlich, daß sich alle Heimarbeiter organisieren. Mehrere Arbeitsgerichtsverfahren waren notwendig, um die wirtschaftlichen Interessen einiger Mitglieder aus dem Betrieb zu wahren.

Aus dem Jahresbericht des Kassierers Fuhrmann war zu ersehen, daß der Verband in der schweren Krisenzeit allen ein Helfer in der Not gewesen ist, wurden doch allein an unsere erwerbslosen Mitglieder 9956 50 Mkt. ausgegeben, an Kranke 1827 Mkt. Die Gesamthöhe der im Jahre 1931 verrechneten Gelder der Verbands- und Lokalkasse betrug 22 489 50 Mkt. Die Mitgliederbewegung weist gegenüber 1930 eine Zunahme von 27 auf. Ende 1931 waren 530 Mitglieder, darunter 393 Kolleginnen, organisiert

Die Neuwahlen ergaben nur kleine Veränderungen innerhalb des Vorstandes. Einstimmig wurden folgende Mitglieder gewählt: 1. Vorsitzender: Ulltel, 2. Vorsitzender: Heiner, Kassierer: Fuhrmann, Schriftführer: Norberger, Revisoren die Kollegin Carl und Kollege Loth. Anschließend verlas Kollege Heiner auf das verbandsschädigende Verhalten des Mitgliedes Schöde, dessen Ausschluss auf Grund des § 16b unseres Statuts beantragt wurde. Dann ersuchte Kollege Schmidt, beim Ortsausflug des ADGB zu beantragen, das diesjährige Gewerkschaftsfest im Rahmen eines Kulturtages auszuführen. Kollege Fuhrmann wies auf die Bedeutung der Eisernen Front hin und ersuchte um rege Teilnahme an der Demonstration am 21. Februar. Ueber die geplante Zellstilllegung der Papierwarenfabrik H. Weising A.-G. in Grimma, die die Belegschaft zur Hälfte entlassen will, berichtete Kollege Fuhrmann. Nachdem noch einige Fragen innerer Natur ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung mit dem Appell, treu zum Verbands zu stehen, geschlossen.

**Nürnberg-Fürth.** Unsere Jahreshauptversammlung, deren Besuch besser sein konnte, fand am 17. Februar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen und Kolleginnen in üblicher Weise gedacht. Dem vom Kollegen Weinländer erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und Notverordnungen die Belegschaften dieses vergangenen Jahres waren. Der wirtschaftliche Niedergang verschärfte sich im Berichtsjahr immer mehr. Waren zu Beginn des Jahres 450 Arbeitslose vorhanden, so stieg diese Ziffer bis zum Jahresabschluss auf über 700, etwa 46 Prozent der Mitgliedschaft. Annähernd die Hälfte der Mitglieder war gänzlich arbeitslos. Dazu kommt die große Anzahl Kurzarbeiter, so daß nur ein winzig kleiner Teil der Kollegen und Kolleginnen noch das Glück hat, 48 Stunden arbeiten zu können.

In dieser außergewöhnlich schweren Zeit haben die Unterstützungsmaßnahmen unseres Verbandes sehr segensreich gewirkt. In unserer Zahlstelle kamen im Jahre 1931 an Arbeitslose und Ausgewertete 45 350 Mkt. zur Auszahlung. Sehr viel Not und Elend konnte dadurch gemildert werden. Die Lehrlings- und Jugendabteilung hat sich trotz des wirtschaftlichen Niederganges gut gehalten. Weinländer appellierte an alle Kollegen und Kolleginnen, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiterinnen zur Teilnahme an den Jugendveranstaltungen aufzufordern.

Zur Regelung von Tarif- und Lohnfreiheiten waren Verhandlungen mit Firmen in 36 Fällen notwendig; Klagen beim Arbeitsgericht 19, davon 3 beim Arbeitsgericht Würzburg. Von diesen Klagen wurden 18 mit Erfolg durchgeführt, 1 wurde zurückgezogen. Gegen verhängte Sperrfesseln vom Arbeitsamt wurde in 5 Fällen Einspruch erhoben, davon in 4 Fällen mit Erfolg. Betriebs-

versammlungen und Sitzungen mit Betriebsräten waren 38 notwendig. Stilllegungsverhandlungen waren in 4 Fällen zu führen.

Der Sturz des englischen Pfundes wirkte sich auf die Wälderbücher- und Spielefabriken von Nürnberg-Fürth verheerend aus. Etwa 300 neue Arbeitslose waren zu verzeichnen, davon die größte Anzahl solcher Kollegen und Kolleginnen, die 30, 35 und mehr Jahre ihre Arbeitsstellen innehatten und es niemals für möglich hielten, arbeitslos zu werden. Nicht einbringlich genug kann betont werden, daß heute niemand wissen kann, ob er nicht morgen schon, vom Schicksal erfasst, in das Meer der Arbeitslosen gestoen wird. Die Aussichten für das Jahr 1932 sind sehr trübe. Gleich mit dem 1. Januar 1932 trat der Gehalts- und Lohnabbau auf Grund der Werten Notverordnung in Kraft. Dem rücksichtslos erzwungenen Lohn- und Gehaltsabbau von 10 bis 15 Prozent steht eine Preisentzogen von nur etwa 5 Prozent gegenüber, was einen Tropfen auf den glühend heißen Stein bedeutet. Wir haben alle Ursache, darauf zu dringen, daß der Preisabbau so durchgeführt wird, wie es sein muß, um die volle Kaufkraft wiederherzustellen. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind zur Zeit so verworren und unübersichtlich, wie es kaum jemals der Fall war. Es ist augenblicklich unmöglich, einigermaßen zutreffende Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Redner verwelkt darauf, daß alle Lohnsätze mit dem

Mitglieder. Ferner gab er an der Hand einer sorgfältig ausgearbeiteten Statistik einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben von Quartal zu Quartal 1931. Das Gesamtergebnis dieser Aufstellung war eine Gesamteinnahme für die Verbands- und Lokalkasse in Höhe von 46 016,80 Mkt. Dieser steht eines Ausgabe allein für Unterstützungen aller Art in Höhe von 63 560,50 Mkt. gegenüber, ein Beweis dafür, daß die Verbandskasse aus ihren Reserven große Summen an Zuschuß gewährt hat.

An Stelle des verhinderten Jugendleiters erstattete Kollege Herber den Bericht von der Lehrlings- und Jugendabteilung. Angesichts der Notzeit hat sich die Abteilung nicht so entwickeln können, wie es wünschenswert war. Verglichen mit der großen Anzahl jugendlicher Kolleginnen ist die Beteiligung an den Jugendveranstaltungen recht minimal. In der Volkshochschule ist der offene Feldensaal nebst Fachschule für das Buchbinder- und Feintartonnagengewerbe angegliedert. Die zur gründlichen Ausbildung für Lehrlinge, aber auch für Gehilfen zur Bereicherung ihrer Fachkenntnisse sehr Gutes leistet. 14 Lehrlinge und solche die — kaum ausgebildet — arbeitslos wurden, nahmen am Frachunterricht teil. Die Jugendabteilung zeigte an Besichtigungen von Museen und Ausstellungen reges Interesse. Wandlungen fanden statt nach dem Fichtelgebirge, Fränkische und Hersbrucker Schweiz, Türlinger Wald, Oberdorf und in die nähere Umgebung von Nürnberg. Anlässlich der Unterhaltungsabende fanden mehrere belehrende Vorträge statt. Redner appellierte zur Werbung für die Jugendabteilung getreu dem Grundsatz: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“

Die Neuwahlen vollzogen sich glatt, indem die seitherigen Verwaltungsmittelglieder wiedergewählt wurden. Bezüglich des Verbandsjahres gab Kollege Weinländer die Termine zur Einreichung von Beiträgen usw. bekannt. Gleichzeitig wies Redner auch darauf hin, daß der Goutag aus Sparmaßnahmen in Nürnberg stattfindet.

Dann ging Kollege Herber in längeren Ausführungen auf die Gefahren des Faschismus ein, er entrollte ein klares Bild von den gemeingefährlichen Bestrebungen dieser angeblichen Arbeiterpartei. Gleichzeitig gab er auch eine Schilderung der Aufgaben der Eisernen Front und forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich in den nächsten Tagen in das Eiserne Buch einzuzichnen, außerdem alle Kundgebungen zu beachten.

Nachdem der Vorsitzende noch einige örtliche Angelegenheiten zur Erledigung gebracht hatte, schloß Kollege Keller die harmonisch verlaufene Versammlung.

## Zahlst du deinen Beitrag richtig?

**Wilt dem Errechnen dieser Nummer ist der 10. Wochenbeitrag für 1932 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtel auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.**

30. April ablaufen, und appelliert an die Kollegenschaft, sich jetzt schon auf eventuelle Kämpfe einzurichten.

Beradezu katastrophal hat sich die Krise in der Werbearbeit ausgewirkt. 82 Zugänge sind im Jahre 1931 zu verzeichnen, eine Zahl, die bei normalen Zeiten in einem Quartal erzielt, oftmals sogar erheblich überschritten wurde. Bei Eintritt besseren Geschäftsganges gilt es, die Werbearbeit mit voller Kraft wieder aufzunehmen.

Die Kämpfe zur Erhaltung der Sozialgesetzgebung verschärfen sich immer mehr. Im Berichtsjahr haben uns die Notverordnungen viele Verschlechterungen gebracht. Doch größer noch ist die Gefahr, die uns vom Faschismus droht. Gelänge es den Hitler, Hugenberg und Co., die Macht in der Republik an sich zu bringen, dann würde das deutsche Volk in seiner Kultur um Jahrzehnte zurückgeworfen. Als erstes würde die gesamte Sozialgesetzgebung zerkümmert. Die von der organisierten Arbeiterkraft in jahrzehntelangen Kämpfen unter schweren Opfern errungenen Kulturerfolge würden vernichtet. Aber auch der Feind von links, der Kommunismus, ist nicht weniger gefährlich. Man muß sich darüber klar sein: Ohne Arbeiterbewegung kein Tarifrecht, keine Gewerkschaften, keine Sozialgesetzgebung, sondern ein Nullzustand. Darum die Nerven gestählt und hinein in die Eiserne Front, die allein imstande ist, die Gefahren des Faschismus zu bannen!

Im Berichtsjahr konnten wir wiederum 16 Kollegen und Kolleginnen ehren, die dem Verband 25 Jahre die Treue gehalten haben. Wir haben mit diesen nunmehr 59 Kollegen und Kolleginnen, die auf eine 25- bis 44jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Allen Mitarbeitern und Arbeiterinnen sei herzlichster Dank abgestattet für ihre gewissenhafte Mitarbeit. Schwere Kämpfe und Drangsale, Zeiten schwerster Not hat die organisierte Arbeiterkraft von jeher überstanden. Wird die Geschlossenheit und Einigkeit im Verband hochgehalten, dann ist es sicher, daß wir auch die gegenwärtige schwere Krise zu meistern verstehen werden. Es muß dann gelingen, nicht nur Erungenes zu halten, sondern bei besserer Geschäftslage das durch den außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Niedergang Verlorene wiedergewinnen. Darum wollen wir allen Gefahren mutig ins Auge sehen und den Grundsatz hochhalten: „Trotz Sturm und Not lassen wir uns nicht unterliegen!“

Kollege Herber gab die Mitgliederzahl bekannt mit 261 Kollegen, 1313 Kolleginnen, zusammen 1574

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Karten zur Arbeitslosenstatistik sowie Konjunkturberichtsarten sind in den letzten Tagen allen Kassierern der Gause und Zahlstellen überkandt worden. Wir bitten sowohl die Vertrauensleute der Betriebe wie die Zahlstellenkassierer recht dringend, die Karten so rechtzeitig auszufüllen und abzugeben, daß dieselben spätestens am 4. März in unseren Händen sind.

### Adressenänderungen:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.  
Wiesbaden: B: Albert Scheuermann, Schwalbacher Straße 43, I, 5. 2.  
K: H. Walbinger, Wellstr. 37, II. Auszahlung von 17½—18 Uhr.

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Ein Kongreß der Not!  
Die Arbeitslosigkeit in der Papierindustrie.  
Der Ausschuß des ADGB.  
Auch der Lehrling soll „Erparnisse“ bringen!  
Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Unsere Invasionsunterstützung. — Zum Verbandstag.  
Ermäßigung der Bürgersteuer für 1931 für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer.  
Berichte: Bielefeld — Ologau — Grimma — Nürnberg-Fürth.  
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Adressenänderungen.